



ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich

am 26.11.2015

Wien, 04.11.2015

Rasche Lohnnebenkostensenkung zur Ankurbelung der Wirtschaft

Laut Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und Institut für Höhere Studien (IHS), die für 2016 mit 1,4 Prozent BIP-Plus (WIFO) bzw. 1,6 Prozent (IHS) BIP-Plus rechnen, sind die Steuerreform 2016, Privatkonsum und höhere Beschäftigung Treiber für Wirtschaftswachstum. Von der Senkung der Einkommenssteuertarife profitieren nämlich vor allem kleine Selbstständige, die für vergleichsweise hohen Arbeitseinsatz ohnehin sehr wenig verdienen. Zusätzlich wird es für die Wirtschaft ein Konjunktur- und Wachstumspaket geben, mit dem die Regierung positive Impulse zur Ankurbelung von Kaufkraft, Beschäftigung und Wachstum setzen will.

Die Prognosen für den Arbeitsmarkt zeigen jedoch weiterhin eine steigende Anzahl an Arbeitslosen und eine höhere Arbeitslosenquote. Wie teuer der Faktor Arbeit ist, ist an der hohen Abgabenquote messbar. Für 100 Euro Bruttoverdienst zahlen private Arbeitgeber hierzulande zusätzlich 36 Euro Lohnnebenkosten, in Deutschland nur 28 Euro. Unternehmen können es sich oft gar nicht leisten, neue MitarbeiterInnen einzustellen. Fakt ist, die Lohnnebenkosten gehören dramatisch gesenkt.

Eine Senkung der Lohnnebenkosten hat Finanzminister Hans Jörg Schelling bereits in seiner Budgetrede in Aussicht gestellt und beim vergangenen Arbeitsmarktgipfel fixiert. In Summe werden die Lohnnebenkosten der Unternehmen stufenweise bis 2018 um bis zu eine Milliarde Euro verringert.

Welches Potential allein die Senkung der Dienstgeberbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) hat, rechnete jüngst das WIFO vor: Mit einer Lohnnebenkosten-Senkung um 1 Prozent werden 14.000 Jobs geschaffen.

Der FLAF ist jedoch derzeit mit 3 Milliarden Euro verschuldet. Trotz Überschuss für 2016, würde eine Beitragssenkung ohne Gegenfinanzierung den Schuldenabbau verlangsamen und das Budgetdefizit erhöhen.

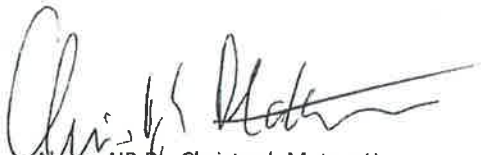
Langfristig können die Kosten der Sozial- und Familienleistungen daher nicht rein über die Lohnsumme finanziert werden. Vor allem für Selbstständige, die auf ihre MitarbeiterInnen angewiesen sind, haben die Lohnkosten ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen.

Als Alternative zur derzeitigen Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) fordert der SWV daher die Einführung einer breiteren Bemessungsgrundlage analog der italienischen IRAP. Die Wertschöpfungssteuer IRAP ist eine regionale Steuer, die in Italien am 1.01.1998 in Kraft getreten ist. Es handelt sich um eine lokale Steuer – Bemessungsgrundlage ist die in der Region erzielte Wertschöpfung. Der IRAP-Steuersatz beträgt derzeit 3,9 Prozent, die Regionen können diesen Steuersatz jedoch um einen Prozentpunkt erhöhen oder reduzieren.

Ohnehin ist eine steuerliche Angleichung von Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Vermietung & Verpachtung an gewerbliche Einkünfte anzustreben, da diese Verbreiterung des steuerlichen Aufkommens zu einer erheblichen Verringerung der Steuerlast auf gewerbliche Tätigkeiten führen und damit die Wirtschaft deutlich entlasten würde.

Der SWV stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer fordert den Gesetzgeber auf, sich für die rasche Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen. Die Senkung der Lohnnebenkosten entlastet den Faktor Arbeit und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und damit die heimische Wirtschaft. Dies kann nachhaltig geschehen, indem die Steuerlast durch Einführung einer breiteren Bemessungsgrundlage analog der italienischen IRAP gerechter verteilt werden würde.



Abg. z. NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*